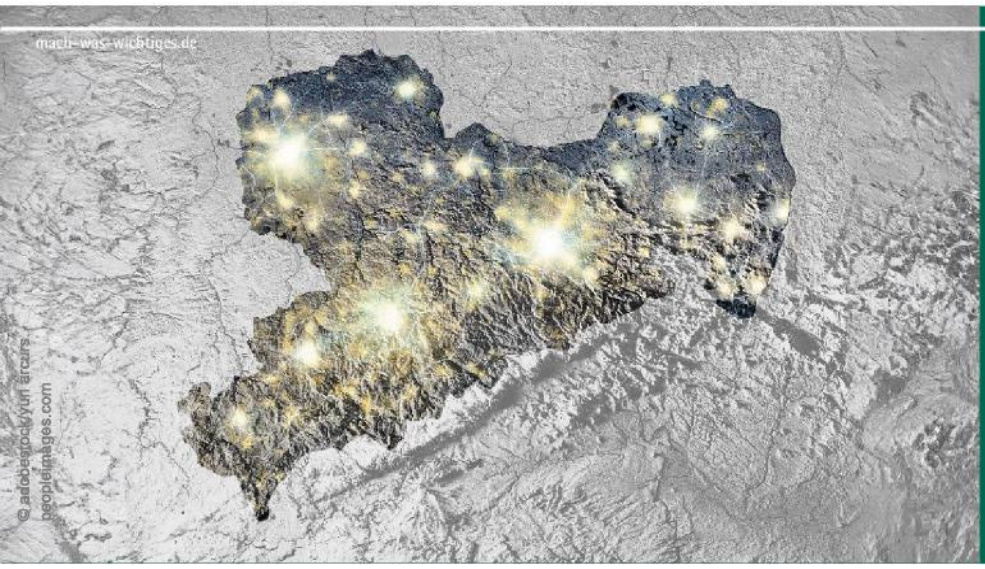
MACH WAS WICHTIGES
Arbeiten im Öffentlichen Dienst Sachsen

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ | Freistaat SACHSEN

Wir stellen ein!



Einsatzort:
Dresden

Eintrittsdatum:
nächstmöglicher Zeitpunkt

Bezahlung/Besoldung:
A 11 SächsBesG,
Entgeltgruppe 10 nach TV-L

Befristung:
unbefristet

Beschäftigungsumfang:
grundsätzlich Vollzeit,
Teilzeit eingeschränkt möglich

Bewerbungsfrist:
30. November 2026

Kennziffer:
27/2026

Sachbearbeiter (m/w/d) Auswertung Rechtsextremismus

Referat 42 „Parteiungebundener Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus“

Über uns:

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV Sachsen) in Dresden ist Teil des Verfassungsschutzverbundes in Deutschland, der sich als „Frühwarnsystem“ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung versteht. Die Aufgabe des LfV Sachsen ist es, verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beobachten und die politisch Verantwortlichen, die zuständigen Stellen sowie die Öffentlichkeit über Entwicklungen und drohende Gefahren zu unterrichten. Entsprechend dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland unterhalten der Bund und die 16 Länder jeweils eigene Verfassungsschutzbehörden, die eng zusammenarbeiten.

Wir bitten in diesem Zusammenhang um einen diskreten und zurückhaltenden Umgang mit Ihrer Bewerbung gegenüber anderen Personen und Stellen!

Interessante Aufgaben:

Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung in folgenden Aufgabenbereichen:

- Sammlung, Prüfung, Bewertung und Analyse von Informationen über parteiungebundene rechtsextremistische sowie rechtsterroristische Bestrebungen und Personen im Freistaat Sachsen,
- Datenerfassung,
- Steuerung der operativen Bearbeitung der Beobachtungsobjekte (z. B. Observation),
- Zusammenarbeit mit Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden,
- Erarbeitung von Analysen zu den Beobachtungsobjekten,
- Erstellen von Zuarbeiten für das Berichtswesen.

Sie bringen mit:

- die Laufbahnbefähigung für die erste Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 (ehemals gehobener Dienst) in der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung, Schwerpunkt allgemeiner Verwaltungsdienst oder Verfassungsschutzdienst **oder**
- ein mit einem Bachelor- oder diesem entsprechenden Diplomgrad abgeschlossenen Hochschulstudiengang der Allgemeinen Verwaltung an einer deutschen Verwaltungsfachhochschule, sofern durch den Abschluss nicht bereits eine Laufbahnbefähigung erworben wurde, **oder**
- ein mit einem Bachelor of Laws oder diesem entsprechenden Diplomgrad erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudiengang **oder**
- ein mit einem Bachelor- oder diesem entsprechenden Diplomgrad erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudiengang der Politikwissenschaft.

Von Vorteil sind (wünschenswert):

Für die Ausübung Ihrer Tätigkeit wünschen wir uns von Ihnen:

- Kenntnisse auf dem Gebiet des Rechtsextremismus/-terrorismus,
- Erfahrungen im Umgang mit sicherheitsrelevanten Themen,
- konzeptionelles Denken und Handeln,
- eine ausgeprägte Datenkompetenz, somit Erfahrungen in der datengestützten Argumentation und Entscheidungsfindung,
- ein hohes Maß an Serviceorientierung und ausgeprägte Kommunikationsfähigkeiten,
- Organisationsgeschick und eine schnelle Auffassungsgabe,
- hohe Belastbarkeit, Teamfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft,
- Besitz des Führerscheins der Klasse B sowie die Bereitschaft zum Führen von Dienstfahrzeugen.

Wir bieten Ihnen:

- ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis mit einer Vergütung nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) in Entgeltgruppe 10, wobei sich die Zuordnung der Erfahrungsstufe nach den Berufserfahrungen der Bewerber (m/w/d) richtet,
- einen Dienstposten, welcher nach Besoldungsgruppe A 11 bewertet ist bzw. der bei Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen die Übernahme in ein Beamtenverhältnis zunächst auf Probe in der Besoldungsgruppe A 9 mit Aufstiegschancen bis Besoldungsgruppe A 11 ermöglicht,
- eine Verfassungsschutz- bzw. Sicherheitszulage in Höhe von monatlich 191,73 Euro (brutto), in Besoldungsgruppe A 9 sind es 153,39 Euro (brutto),
- 30 Urlaubstage pro Jahr; zusätzlich sind der 24. und 31. Dezember arbeitsfrei,
- im Beschäftigtenverhältnis eine Jahressonderzahlung sowie eine betriebliche Altersversorgung,
- einen Zuschuss zu vermögenswirksamen Leistungen,
- flexible Arbeitszeiten (Gleitzeit) sowie Arbeitszeitausgleich,
- eine gründliche Einarbeitung,
- die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Jobtickets,
- ein vielseitiges Gesundheitsförderungsangebot auf dem Behördenareal sowie
- gezielte Fortbildungen zur beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung

Weitere Informationen zu der Tätigkeit bei uns:

Da das LfV Sachsen eine Sicherheitsbehörde ist, müssen geeignete Bewerber (m/w/d) bereit sein, sich einer **erweiterten Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3)** nach dem Sächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz zu unterziehen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen dieser umfangreichen Überprüfung auch **Ermittlungen in Ihrem näheren Lebensumfeld und über Ihre/n Ehe- bzw. Lebenspartner/in** hinaus erforderlich werden.

Die Bediensteten des LfV Sachsen üben eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit aus und unterliegen daher **Reisebeschränkungen** bei Reisen in und durch Staaten, für die besondere Sicherheitsregelungen gelten.

Die Bereitschaft zur **fachlichen Weiterbildung** und zur **Teilnahme an mehrwöchigen Fortbildungen** wird vorausgesetzt. Zur optimalen Vorbereitung auf Ihre zukünftige Tätigkeit sind verpflichtende Lehrgänge durchzuführen, die **nicht am Wohn- bzw. Dienstort** stattfinden und mehrwöchige Abwesenheiten außerhalb von Sachsen erfordern.

Für Bewerber (m/w/d), die in die engere Personalauswahl aufgenommen und zu einem Auswahlgespräch eingeladen werden, erfolgt eine **Abfrage im nachrichtendienstlichen Informationssystem**

NADIS. Wir bitten Sie bereits mit Abgabe Ihrer Bewerbung zu erklären, dass Sie mit dieser Abfrage einverstanden sind, und den der Stellenausschreibung **beigefügten Vordruck auszufüllen**. Wenn Sie nicht in die engere Personalauswahl kommen sollten, wird der Vordruck umgehend datenschutzkonform vernichtet. Sollten Sie zu dieser Abfrage nicht bereit sein, kann Ihre Bewerbung leider nicht weiter berücksichtigt werden.

Ihre Bewerbung:

Soweit Sie die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen, bitten wir Sie um Zusendung Ihrer vollständigen Bewerbungsunterlagen (inkl. Bewerbungsanschreiben, Lebenslauf, Abschlusszeugnissen und sofern vorhanden aktuelle Leistungsnachweise) bis zum **30. November 2026** unter Angabe der **Kennziffer 27/2026** an: bewerbungen@lfv.smi.sachsen.de.

Sofern Sie bereits im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, bitten wir um ein schriftliches Einverständnis zur Einsichtnahme in Ihre Personalakte. Als Ansprechpartner steht Ihnen das Personalreferat des LfV Sachsen unter 0351/8585-0 zur Verfügung.

Auf die **bevorzugte Berücksichtigung von schwerbehinderten Menschen** bei Vorliegen gleicher Eignung wird geachtet. Schwerbehinderte Menschen oder ihnen gleichgestellte Bewerber (m/w/d), die die o. g. Voraussetzungen erfüllen, werden daher ausdrücklich aufgefordert sich zu bewerben. Der Bewerbung ist ein **Nachweis der Schwerbehinderung oder Gleichstellung** beizufügen. Das LfV Sachsen ist bestrebt, den Anteil von Frauen in der staatlichen Verwaltung zu erhöhen.

Frauen werden ausdrücklich aufgefordert sich zu bewerben. Der Vordruck zur Abfrage im nachrichtendienstlichen Informationssystem sowie die datenschutzrechtliche Information zur Bewerberdatenverarbeitung finden Sie auf den Folgeseiten.

Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten für Besucher im Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen ist eine sicherheitsempfindliche Behörde. Der Aufenthalt in diesem Bereich ist daher vom Ergebnis eines Abgleichs mit dem nachrichtendienstlichen Informationssystem NADIS abhängig. Dieser Abgleich erfolgt mit Ihrer Einwilligung, § 4 Abs. 1 Satz 2 SächsVSG.

Ihre Einwilligung muss rechtzeitig vor dem geplanten Aufenthalt im LfV Sachsen vorliegen, damit ein ordnungsgemäßer Abgleich im NADIS erfolgen kann. Ohne den erfolgten Abgleich oder bei Zweifeln an Ihrer Zuverlässigkeit nach dem Abgleich, kann Ihnen aus Sicherheitsgründen kein Zutritt zum Dienstgebäude gewährt werden.

Die zu Ihrer Person erfassten Daten werden in der Besucheranmelde- und Informationsdatenbank des LfV Sachsen für fünf Jahre aufbewahrt.

Angaben zu Ihrer Person, Ihrem Arbeitgeber/ Ihrer Firma sowie zu Ihrem geplanten Einsatz:

Name/ Geburtsname	Vorname/n
Geburtsdatum/ Geburtsort	Geburtsland/ Staatsangehörigkeit
Wohnanschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)	
Arbeitgeber/ Firma (Name, Anschrift, Tel.) bzw. Firmenstempel	

Mit der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten nach Maßgabe der o.a. Erläuterungen erkläre ich mich hiermit einverstanden.

Ort/ Datum	Unterschrift

Datenschutzrechtliche Informationen nach Artikel 13 Absatz 1 und 2 Datenschutz-Grundverordnung für Bewerber beim Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen zur Bewerberdatenverarbeitung

<table>
<tr><td rowspan="2">1</td><td rowspan="2">Verantwortlicher:</td><td colspan="2">Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
Postfach 100 242
01072 Dresden</td></tr>
<tr><td>E-Mail:
personal@lfv.smi.sachsen.de</td><td>Telefon:
0351/8585-0</td></tr>
<tr><td rowspan="2">2</td><td rowspan="2">Datenschutzbeauftragte/r:</td><td colspan="2">Datenschutzbeauftragter des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen</td></tr>
<tr><td>E-Mail:
datenschutz@lfv.smi.sachsen.de</td><td>Telefon:
0351/8585-113</td></tr>
<tr><td>3</td><td>Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten:</td><td colspan="2">Bewerbungsverfahren
Bewerbermanagement; Auswahl und Bindung von Personal</td></tr>
<tr><td>4</td><td>Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten:</td><td colspan="2">Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c, Artikel 88 DSGVO i. V. m. § 11 SächsDSDG</td></tr>
<tr><td>5.1</td><td colspan="3">Die personenbezogenen Daten sollen natürlichen oder juristischen Personen, Behörden, Einrichtungen oder anderen Stellen offengelegt werden.</td></tr>
<tr><td>5.2</td><td>Angabe der Empfänger oder Kategorien der Empfänger der personenbezogenen Daten:</td><td colspan="2">Sofern das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen lediglich künftige Beschäftigungsdienststelle ist, werden die personenbezogenen Daten der personalverwaltenden Dienststelle offengelegt.
Die personenbezogenen Daten werden der zuständigen Personalvertretung, der Frauenbeauftragten und ggf. der Schwerbehindertenvertretung auf Grundlage derer Beteiligungsrechte offengelegt.</td></tr>
<tr><td>6</td><td>Dauer der Speicherung oder Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung:</td><td colspan="2">Die personenbezogenen Daten werden nach Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens 13 Monate lang gespeichert.</td></tr>
<tr><td>7</td><td>Ihre Rechte als betroffene Person:</td><td colspan="2">Ihnen stehen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte zu:
- Recht auf Auskunft über Sie betreffende personenbezogene Daten (Artikel 15 Datenschutz-Grundverordnung)
- Recht auf Berichtigung Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten (Artikel 16 Datenschutz-Grundverordnung)
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Artikel 17 Datenschutz-Grundverordnung)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 18 Datenschutz-Grundverordnung)
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 21 Datenschutz-Grundverordnung)</td></tr>
<tr><td>8</td><td>Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:</td><td colspan="2">Sie haben nach Artikel 77 Datenschutz-Grundverordnung das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Aufsichtsbehörde ist

Die Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte
Maternistraße 17

01067 Dresden</td></tr>
</table>